Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnement vierteljährlich 15 Thlr. Ngr., durch die Post 20 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.

Auflage: 23000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Inseratenannahme Pirnaische Straße 13 angeordnet bis Abd. 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. 9 Zeilen kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Nr. 36. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Donnerstag, 5. Februar 1874.

Politisches.

Von drohenden politischen Verwicklungen ist es gestern — dem Himmel sei Dank! — ganz still geblieben. Die wüsten Hetzartikel ausländischer Clericaler folgen sich zwar ununterbrochen; der Reichskanzler wird fortwährend in Athem erhalten; aber von dem Zeitungskriege bis zu diplomatischen Actionen, die militärische Machtentfaltungen im Hintergrunde hätten, betritt Niemand leichten Herzens den Weg. Dem Fürsten Bismarck erwächst zudem in dem heute zusammentretenden Reichstage eine Stütze, deren Volksthümlichkeit und Festigkeit im Auslande nicht ohne tiefere Wirkung bleiben kann. Wenn aus dem allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechte eine Volksvertretung hervorgeht, deren überwältigende Mehrheit die Politik des ersten Reichsbeamten unterstützt, so verleiht sie diesem ein Relief, für dessen Bedeutung dem Auslande das Verständniß nicht fehlen wird. Mit Spannung blickt das deutsche Volk auf die Worte, mit denen der Reichskanzler Namens des Kaisers die neugewählten Reichsboten willkommen heißt und sie zur Arbeit an des Reiches Größe, an des Volkes Wohlfahrt aufruft.

Mit patriotischem Schmerze hingegen registriren wir die Ergebnisse der Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen. Kein Einziger unsrer neuen Reichsbrüder ist gewählt worden, der die Versöhnung mit den neuen Verhältnissen auf seine Fahne geschrieben hatte. Wo nicht die Candidaten der französischen Partei, die ihr erstes Debut im deutschen Reichstage mit einem Proteste gegen die Annektion eröffnen werden, gewählt wurden, da gingen nur stramme Ultramontane als Sieger aus den Wahlurnen hervor. Es würde nicht so sehr viel verschlagen, daß die Clericalen um eine Handvoll Mitglieder sich verstärkten, wenn es nicht gerade das mit Strömen deutschen Bluts erkaufte Elsaß wäre, das uns diese Reichsfeinde in die Volksvertretung sendete. Arm in Arm ging der den Clericalen blindergebene Bauer und Bürger, mit dem französisch fühlenden Arbeiter zur Urne, die deutschgesinnten Landsleute zu schlagen. Verhehlen wir es uns nicht, daß die Versöhnung der Gemüther in den Reichslanden nur geringe Fortschritte gemacht hat, daß noch unendlich viel zu thun bleibt, ehe wir das mit dem Schwerte Errungene uns geistig und gemüthlich assimilirt haben. Die Franzosen und die Römlinge sind noch die geistigen Herren des Landes! So tiefen Schmerz ein solches Wahlresultat in Deutschland hervorrufen wird, so heller Jubel ist darüber in Frankreich ausgebrochen. Triumphirend weist die Pariser Presse auf diesen Ausgang hin und die thörichten Hoffnungen der Franzosen auf Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen fahren augenblicklich mit stolzgeschwellten Segeln einher.

Die Verhaftung des Erzbischofs Ledochowski und seine Abführung in die Grenzstadt Ostrowo ist glücklicherweise ohne Störung der Ruhe erfolgt. In seinem Exile ist der gefangene Kirchenfürst an sich keineswegs von allen Functionen in seiner Amtsverwaltung abgeschnitten. Das Maß der ihm zu gestattenden Amtsverrichtungen hängt allerdings ganz von dem Ermessen der preußischen Regierung ab. Es wird sich gar bald ergeben, wie die Diözesanen die Stockungen, die unausbleiblich eintreten, tragen werden.

Eine ganz eigenthümliche Erscheinung ist es, daß außerhalb Preußens die römische Curie sich zu der Staatsgewalt viel freundlicher zu stellen weiß, als in Preußen. Nachdem sie Jahrelang der badischen Regierung behufs Besetzung des erzbischöflichen Stuhls in Freiburg eine Candidatenliste vorgelegt hatte, die für die Regierung ausschließlich unannehmbare Namen enthielt, präsentirt sie jetzt auf einmal eine Liste versöhnlichster Richtung. Wir begegnen dem württembergischen Bischof Hefele, einem der mildestdenkenden und gelehrtesten deutschen Bischöfe und daneben noch 11 Namen, die zum Theil zwar der streitenden Kirche Roms angehören, deren keiner aber sich in den vordersten Reihen der ultramontanen Kampfhähne gezeigt hat, deren Mehrheit vielmehr die Erhaltung kirchlichen Friedens trotz aller Kirchengesetze zu verbürgen scheint.

Der Bundesrath des deutschen Reichs wird demnächst über einen Krebsschaden unserer Zustände einen Entschluß fassen, über den zu berichten man sich nicht entbrechen kann. Es handelt sich um einen Streit zwischen dem Senat Hamburg und dem Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück darüber, ob öffentliche Häuser mit dem Reichsstrafgesetzbuche zu vereinbaren sind. Der Hamburger Senat sagt Ja und findet die Concessionirung solcher öffentlichen Häuser als das geringere Uebel; der Justizausschuß des Bundesraths läßt letztere Frage ganz unberührt, kümmert sich nicht um die Folgen des Verbots öffentlicher Häuser und verlangt nach dem Wortlaut des Strafgesetzbuchs vom Hamburger Senate die Aufhebung derselben. Soll wirklich das Berliner Louisthum in ganz Deutschland kraft Reichsgesetzes eingeführt werden? Da sich der Bundesrath außerdem mit der Revision des Reichsstrafgesetzbuchs beschäftigt (es handelt sich hierbei um die Bestrafung jugendlicher Verbrecher, des Gesindels wegen Diebstahls und die Strafen für Körperverletzungen), so wäre es wohl an der Zeit, zu fragen: ob man bei der traurigen Wahl zwischen öffentlichem Hause und dem Messer des Berliner Louis, nicht das erstere als das kleinere Uebel zu dulden sich entschließt?

Schlag auf Schlag kommen die Meldungen über die Niederlagen der Liberalen in Großbritannien. Die Conservativen verdrängen ihre Gegner aus einer ganzen Reihe von bisher diesen sicheren Kreisen. Auch der Hauptrekrutirungssitz Gladstone's, Irland, das ihm hauptsächlich bisher die liberale Mehrheit im Parlamente bilden half, scheint ihm verloren zu gehen und seine Amtsniederlegung in die Hände eines conservativen Ministeriums Disraeli-Stanley nahe bevorzustehen.

Ein, die Situation in Frankreich grell beleuchtendes Wort ist jüngst dem Pariser „Figaro" entschlüpft. Dieses die Stimmung Frankreichs oft mit photographischer Treue wiederspiegelnde Blatt spricht sich jetzt eifrig für die Republik aus, zwar für die aristokratische, reactionäre Republik, die bestimmt sei, die Demokratie in ihrer Umarmung zu ersticken, aber doch für die Republik. Man müsse den Leuten diesen Titel zugestehen, „denn es ist unmöglich, noch länger unter dem Provisorium mit dem Rechte der Verschwörung zu bleiben". Das „Provisorium mit dem Recht der Verschwörung" giebt das an, was von dem ganzen Lande als das Unleidliche empfunden wird. Wohin man kommt und wohin man hört, überall vernimmt man die Klage über das Provisorium, und daß dieses Provisorium nicht einmal als solches ein halbes Jahr lang sicher sei, das sei es, was den Handel lähme, was den Geschäften den Muth nehme. Um die Geschäfte zu beleben, Vertrauen in die erschütterten Herzen der Franzosen zu gießen, dazu hat jetzt der Handelsminister eine Rede gehalten, in der er das siebenjährige Regiment Mac Mahons als das Noli me tangere allen Patrioten dringend empfahl.

Italiens Parlament hat sich für den obligatorischen Unterricht ausgesprochen. Allein — wie hoch bezahlen wir unsere Lehrer? Diese Frage machte großes Kopfzerbrechen. Der Unterrichtsminister hat als Antwort darauf eine Tabelle aufgestellt, die gewiß Alles eher als luxuriös ist, und die doch sehr lauter Einsprache begegnete. Während die Minimalsätze für städtische Lehrer bereits durch das Gesetz von 1859 festgestellt sind, handelte es sich hier um das Minimum für Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande. Die ministerielle Tabelle, die auch trotz aller Bekämpfung schließlich angenommen wurde, unterscheidet zweierlei Minimalsätze, einen von 700 Lire (175 Thlr.) für das Lehrpersonal an den höheren, einen andern von 600 Lire (125 Thlr.) für das an den niederen Elementarschulen. Es gehört wirklich schon etwas dazu, diese Sätze als zu hoch zu bekämpfen. Um dem Vorwurfe zu entgehen, daß sie die Lehrer noch miserabler bezahlen wollten, kehrten die Gegner denn auch nicht diese Seite der Sache vor, sondern argumentirten von der von ihnen betonten Unmöglichkeit aus, den Gemeinden erneute Lasten aufzulegen. Schließlich entschied man sich dahin, daß die Wohlhabenderen eine kleine Schulsteuer entrichten, den Armen aber der Unterricht frei sein sollte. Um den Lehrern an den Volksschulen aber etwas zu geben, gewährte man ihnen — das Wahlrecht.

Locales und Sächsisches.

= Ihre Maj. die Königin Carola verließ gestern Nachmittag 2 Uhr 50 Minuten per Eisenbahn die hiesige Stadt und fuhr nach Oschatz, welchen Ort sie alsbald wieder verließ um nach Leipzig weiterzufahren.

— Der Advokat Dr. Stein I. zu Dresden hat den königl. Preuß. Kronenorden 4. Klasse erhalten.

— Landtag. Die 1. Kammer hat vorgestern und gestern Sitzung gehalten, in denen sie unter Anderem die Mittel zur Vollendung des Rothschönberger Stollens bewilligte und die neue Landtagsordnung anderweit berieth. — In der 2. Kammer wurde gestern das Cultus-Budget berathen. Beim Etat der Gymnasien rügte Abg. Sachße scharf die Einstellung einer geringeren Summe für das Gymnasium in Freiberg, als für die übrigen Gelehrtenschulen. Es war seinem Eifer für das Wohl seiner Vaterstadt schon in der Deputation gelungen, die gleichmäßig gerechte Behandlung des Freiberger Gymnasiums zu erreichen. — Ueber die Höhe des Staatsbeitrags zu den Realschulen 2. Ordnung entspinnt sich eine längere Debatte, in der Dr. Halm, Jungnickel und Beck 3000 Thlr. für genügend erklären, zumal die Regierung für weitere Bedürfnisse noch 12,000 Thlr. Dispositionsquantum bewilligt erhalte; hingegen bezeichnet Uhle 4000 Thlr. als das Minimum, was zu gewähren sei, schon um das Unwürdige des Zustandes zu beseitigen, daß Städte um Zulagen vor der Thür des Ministers antichambriren müßten. Der Minister von Gerber erklärt, daß die Regierung gern Anträgen der Kammer, die über die ursprüngliche Forderung hinausgingen, entsprechen werde. Mannsfeld ersucht die Regierung, falls die Stadt Schneeberg die Uebernahme der dortigen Realschule auf Staatskosten beantragen sollte, diesem Gesuche zu entsprechen. Nach der Befürwortung des Referent Starke-Mittweida stellt die Kammer die Aversionalbeiträge des Staats für die Städte mit fertigen Realschulen 2. Ordnung in Berücksichtigung der von diesen zu bringenden Opfer mit je 4000 Thlr. ins Budget ein. Die Kammer faßt diesen Beschluß mit nur 35 gegen 34 Stimmen; indessen spricht sich aus der Haltung der Minorität deutlich aus, daß sie im Herzen über ihre Niederlage nicht grollt. Weiter beschließt die Kammer: auf den Antrag des Secr. v. Zahn die Regierung zu ersuchen, den Normalbesoldungsetat um je 100 Thlr. zu erhöhen; endlich stellt sie, auf den vom Abg. Beyer unterstützten Antrag des Vicepräsidenten Streit hin, den Staatszuschuß für die Realschulen in Chemnitz und Zwickau mit 6000 Thlr. (statt blos 5000 Thlr.) ins Budget ein. Im Uebrigen decken sich die Kammerbeschlüsse mit den bereits mitgetheilten Deputationsanträgen. — Die Bewilligung von 20,000 Thlr. für den Neubau einer Realschule in Reichenbach erfolgt einstimmig, warm befürwortet vom Abg. Querner. — Bei den Postulaten für die Seminare erwähnt Referent Starke-Mittweida, daß die Regierung einer noch weitergehenden, als der vorgeschlagenen Erhöhung der Gehalte der Directoren und Lehrer an den Seminaren jetzt nicht geneigt sei, zumal denselben durch die Einführung der Bezirksschulinspectoren Aussicht auf weiteres Avancement geboten sei. Ein Antrag Lange's auf principielle Gleichstellung der Seminaranstalten mit den Realschulen 1. Ordnung in Bezug auf Stundenzahl und Gehalt wird mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, nachdem der Minister sein Bedauern ausgesprochen, daß trotz aller Aufbesserungen aller Lehrerkategorien doch nicht Zufriedenheit zu walten scheine. Abg. Petri hatte vergebens gesucht, auf eine gewisse Annäherung der Gehalte der Seminar- und Realschullehrer hinzuwirken. v. Penzig, welcher seine volle Hochachtung vor dem Lehrerstand zu erkennen giebt, sich aber auch das Recht nicht nehmen lassen wird, wahrgenommene Uebelstände unter der Lehrerschaft zu tadeln, begründet den Antrag: durch Gewährung von Freistellen an den Seminaren an Gymnasiasten und Realschüler und solche, die das Freiwilligenexamen bestanden, dem Lehrermangel augenblicklich abzuhelfen. Der geh. Kirchenrath Dr. Gilbert begrüßt zwar jeden Antrag auf Abhilfe des Lehrermangels mit Freuden, giebt aber Penzig zu bedenken, daß auf bloße Zeugnisse zum Freiwilligendienst hin noch Niemand befähigt sei, in die zweite Klasse eines Seminars aufgenommen zu werden. Eine Prüfung müsse jedenfalls vorangehen. Mit 16 Jahren könne man schon Freiwilliger werden, 18jährige Lehrer aber seien doch zu jung. Uebrigens könne er mittheilen, daß jetzt alle Seminare besetzt seien und die neubegründeten und in der Entwicklung begriffenen Seminare kaum die Zahl der sich zur Aufnahme Meldenden aufnehmen könnten. Wenn die Kammer der Regierung eine Berechnungssumme von 6000 Thlr. gewähre, so wolle diese einen Versuch machen, ein Lehrerinnenseminar in Dresden zu gründen, das nach 3- bis 4jährigem Curse junge Lehrerinnen ausbilde. v. Oehlschlägel greift diesen Gedanken auf, beantragt die Bewilligung von 6000 Thlr. zu diesem Zwecke und befürwortet außerdem die Errichtung eines Seminars in Sayda. Dr. Panitz glaubt nicht, daß Penzig's Antrag dem Lehrerstande viele Kräfte zuführen werde. Das einzig Richtige sei: fortwährende Vermehrung der Seminare. Uebrigens verspricht er sich keinen Erfolg von dem Plane der Regierung, die Schülerinnen einer höheren Töchterschule in Dresden auf ein Lehrerinnenseminar überzuführen. Schülerinnen, die durch die höhere Töchterschule gegangen, seien zu Lehrerinnen verdorben. Nur wenige Mädchen seien der physischen Anstrengung gewachsen, Klassen-Lehrerinnen zu werden; viele verheiratheten sich dann auch. Einem Lande wie Sachsen sollte die richtige Bezahlung von Menschenkräften für die Volksschulen nicht zu theuer sein. Der Minister von Gerber entgegnet zunächst, daß er nicht im Werke führe, in Dresden Gouvernanten zu bilden und eine höhere Töchterschule hier in ein Lehrerinnenseminar umzuwandeln, sondern ein Lehrerinnenseminar ohne Internat zu errichten, aus dem tüchtige Volksschullehrerinnen hervorgingen. Obwohl die Lehrerinnen im Organismus der Volksschule immer nur eine ergänzende Stellung einzunehmen hätten, so seien innerhalb desselben die Beweise für ihr gutes und nützliches Wirken schlagend und sehr erfreulich. Uebrigens wird die Regierung die Resultate einer Untersuchung, die in Preußen über das höhere Töchterschulwesen jetzt stattfindet, abwarten, ehe sie auf diesem Gebiete weiter vorgeht. Die Kammer genehmigt die Errichtung von 116 Freistellen auf den Seminaren, ermächtigt sie zu einer Vermehrung derselben je nach Bedürfniß, überglebt ihr den Antrag Penzig's und einen ähnlichen Uhle's zur Erwägung, bewilligt nach dem Deputationsantrage für die Seminare 188,246 Thlr. und 6000 Thlr. nach von Oehlschlägel's Antrag. — Bei dem Etat der Fortbildungsschulen theilt Ref. Starke mit, daß in Sachsen jetzt 191 bestehen. Mehnert und Strauch wünschen eine Erhöhung der Staatsaufwendung für diese Schulen, da die Lehrer nicht viel Neigung zum Unterrichte an denselben zeigten. Schulrath Dr. Bornemann: Der Unterricht an den Fortbildungsschulen werde den Lehrern extra vergütet werden. Zunächst würden sich diese Schulen erst auf gegen 280 vermehren; später würde der Staat allerdings mehr aufwenden müssen. — Den Schluß der Debatte über das Cultusbudget bildete die Annahme des Antrags von Dr. Panitz, für den sich Walter, v. Könneritz, Dr. Biedermann und der Minister warm aussprachen: nicht blos 17, sondern 25 Bezirksschulinspectoren mit einem Gehalt von durchschnittlich 2200 Thlr. zu genehmigen.

— Der Abgeordnete Käserstein ersucht uns zu berichtigen, daß er nicht gegen eine zu billige Verpachtung, sondern gegen einen Verkauf der Kammergüter gesprochen habe.

— Vom Abg. Starke-Schmölen befindet sich der Bericht über den Ausbau des Eisenbahnnetzes in der Südlausitz im Druck. Er kommt noch vor der Vertagung zur Berathung.

— Nachdem sich bereits gestern der Minister des Innern, v. Nostitz-Wallwitz nach Berlin begeben hat, um an den Sitzungen des Reichstags, dem er als Abgeordneter angehört, theilzunehmen, werden die andern in Dresden wohnhaften und meist als Landtagsabgeordnete thätigen Reichstagsmitglieder heute Morgen 10 Uhr nach Berlin abreisen. Sie kommen dann gerade noch recht, gegen 2 Uhr, in Berlin an, um im weißen Saale des königl. Schlosses der feierlichen Eröffnung des Reichstags beizuwohnen. Der sächsische Landtag erleidet durch den Zusammentritt des Reichstags keine wesentliche Störung. Heut wird der Bauetat berathen, in nächster Woche sollen die Etats der Ministerien der Justiz und des Innern berathen werden. Ueber das Erstere liegt der von Dr. Minckwitz erstattete Bericht bereits gedruckt vor, über das Letztere befindet sich der vom Abg. Haberkorn verfaßte Bericht im Drucke. Die wenigen dann noch restirenden Theile des ordentlichen Budgets (Allgemeine Staatsbedürfnisse, Aeußeres, Gesammtministerium u. s. w.) werden sich in rascher Folge anschließen; nur der Pensionsetat erleidet einige Verzögerung, da dem Landtage das längst erwartete Gesetz über die Erhöhung der Pensionen und Wartegelder der Civilstaatsdiener jetzt vorgelegt worden ist, das auf die Ziffern des Pensionsetats erheblichen Einfluß ausüben wird. Der Minister von Nostitz-Wallwitz wird sich zur Vertretung des Budgets seines Ressorts in der 2. Kammer nächste Woche hierher zurückbegeben. Somit ist alle Aussicht vorhanden, daß das Budget in der 1. Lesung der 2. Kammer bald völlig erledigt ist. Nach der Mitte dieses Monats eintretenden Vertagung des Landtags wird dann die Finanzdeputation der 1. Kammer ununterbrochen das Budget berathen können. Sie rüstet sich unter ihrem Vorsitzenden, dem Prinzen Georg k. H., eifrig zu dieser Arbeit.

— Das Stenographenbureau des deutschen Reichstags entlehnt auch diesmal aus dem k. stenographischen Institut zu Dresden drei tüchtige Gabelsbergersche Stenographen. Die Herren Prof. Dr. Zeibig, Oppermann und Dr. Scheffler sind gestern bereits zur Verpflichtung in ihrer Stellung nach Berlin gereist.

— Während sich die übrigen Minister bei den Soiréen, die sie in ihren Räumen versammeln, im Wesentlichen auf die Beamten ihres Ressorts beschränken, übt der Herr Kriegsminister, General v. Fabrice, die Gepflogenheit, die Regierung nach außen hin glänzend zu repräsentiren, in großem Style und weitherzig aus. Wenn heutzutage Mars die Stunde regiert, so hat dieser Kriegsgott in Sachsen Augenblicke, in denen er sich von seiner liebenswürdigsten Seite zeigt. Alles was im Gebiete des öffentlichen Lebens hervorragt, versammelt er dann zu froher Vereinigung. Den Vertretern des Landes, der Kunst, der Wissenschaft, der Presse giebt er ein Stelldichein, dem ein blühender Kranz holder Frauengestalten Schmuck und höchste Zierde verleiht. Die erste große Soirée, die im Laufe dieses Winters der Kriegsminister in der 1. Etage des Ministeriums des Innern vorgestern Abend abhielt, entbehrte zwar der Theilnahme der allerhöchsten Herrschaften, stand aber in Bezug auf Zahl und Glanz der sonst Erschienenen derartigen früheren Festlichkeiten nicht nach. Die Landtagsabgeordneten, mit denen der gastgebende Kriegsminister sonst manchen harten Strauß auszufechten hat, bewegten sich diesmal friedlich in den schönen Salons, herzlichst

SLUB
Wir führen Wissen.